

**Gemeinsame Medienmitteilung des Bündnis
Gesundheitspersonals**

Bern, Lausanne, Zürich, Lugano, Olten, 28. April 2026



Gesundheitspersonal ist empört

Nationalrat ignoriert starken Appell für die klare Umsetzung des Pflegeinitiative

Der Nationalrat hat heute die Umsetzung der Pflegeinitiative beraten, die 2021 mit einer grossen Mehrheit von 61% von der Schweizer Bevölkerung angenommen wurde. Er hat es jedoch abgelehnt, die Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals wirksam zu verbessern und ignoriert damit die enorme Arbeitsbelastung, denen das Personal seit Jahren ausgesetzt ist. Der Nationalrat hat heute den Volkswillen missachtet. Jetzt muss der Ständerat handeln.

Sehr geehrte Medienschaffende,

Der Nationalrat hat heute des Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege (BGAP) beraten aber das Ergebnis ist klar ungenügend. Der Gesetzesentwurf bleibt deutlich hinter dem zurück, was die Bevölkerung 2021 mit der klaren Annahme der Pflegeinitiative gefordert hat.

Der Nationalrat missachtet damit klar den Volkswillen – nämlich die von 61% der Stimmberechtigten angenommene Initiative. Er ignoriert die enormen beruflichen Belastungen, denen das Gesundheitspersonal seit Jahren ausgesetzt ist.

Die Botschaft ist eindeutig: Die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen müssen sich deutlich verbessern. Der aktuelle Entwurf enthält jedoch keine wesentlichen Fortschritte; selbst die ohnehin unzureichenden Vorschläge des Entwurfs des Bundesrates wurden verwässert.

Deshalb fordern wir:

- Unabhängig der Partei den Bundesverfassungsartikel 117b und damit die Pflegeinitiative und den Volkswillen vollständig umzusetzen.
- Das Gesetz (BGAP) deutlich zu verbessern: Eine Arbeitszeitreduktion, einen Personalschlüssel, der gute Pflege erlaubt, verbesserte Zuschläge in der Nacht, am Wochenende und an Feiertagen und die Verpflichtung aller Arbeitgeber, sich mindestens an die herrschenden kantonalen Gesetze und GAVs zu halten.
- Diese Massnahmen für den Gesundheitsbereich mit der entsprechenden Finanzierung zu versehen.

Für uns ist klar: Der Volkswille wird mit dem heutigen Entscheid vom Nationalrat nicht umgesetzt! Die Pflegeinitiative wurde angenommen, weil die Bevölkerung erkannt hat, was das Gesundheitspersonal seit Jahren erlebt: Die Situation ist angespannt, die

Arbeitsbelastung zu hoch, und ohne konkrete Verbesserungen wird sich der Personalmangel weiter verschärfen.

Nun ist der Ständerat am Zug.

Er muss den in einer demokratischen Abstimmung geäusserten Volkswillen durchsetzen. Er hat jetzt eine letzte Chance, seine Verantwortung wahrzunehmen, den Gesetzesentwurf zu korrigieren und die Pflegeinitiative umzusetzen.

Wir fordern den Ständerat auf, die dringend notwendigen Verbesserungen in das Gesetz aufzunehmen und damit ein klares Signal zugunsten des Gesundheitswesens zu senden.

Fotos der Übergabe sind hier verfügbar

Bitte den Fotografen Manu Friederich erwähnen.

Für Rückfragen:

- Yvonne Ribi, ASI, 079 830 48 50 (Französisch, Deutsch)
- Roman Künzler, SSP, 079 403 22 30 (Französisch, Deutsch, Italienisch)
- Samuel Burri, Unia, 078 892 10 95 (Deutsch, Französisch)
- Nora Picchi, Syna, 079 828 14 73 (Französisch, Deutsch, Italienisch)
- Laurent Mabillard, SCIV, 079 415 25 58 (Französisch)
- Xavier Daniel, OCST, 079 800 22 56 (Italienisch, Französisch)
- Reto Wyss, USS, 079 740 99 84 (Französisch, Deutsch, Italienisch)
- Thomas Bauer, Travail.Suisse, 077 421 60 04 (Französisch, Deutsch)

Vielen Dank für Ihr Interesse.



Travail.Suisse



UNIA